

INTERVIEW

Bericht der „Fachkommission Fluchtursachen“

Interview mit Dr. Steffen Angenendt (Juli 2021)



© Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Nach zweijähriger Arbeit hat die unabhängige „Fachkommission Fluchtursachen“ der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag ihren Bericht mit Empfehlungen für das Engagement zur Minderung der Ursachen für Flucht und Migration vorgelegt. Die 24 Mitglieder der Kommission kamen aus Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, internationalen Organisationen und aus der Wissenschaft (www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/fachkommission-fluchtursachen)

Mitglied der „Fachkommission Fluchtursachen“ ist auch Dr. Steffen Angenendt. Der Migrationsexperte ist seit 2006 Associate der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), wo er die Forschungsgruppe Globale Fragen leitet.

Herr Angenendt, was sind die wichtigsten Fluchtursachen?

Zunächst muss man sich die aktuellen Trends der weltweiten Flüchtlingsproblematik vor Augen halten. Der wichtigste Trend ist, dass die Zahl der Flüchtlinge und der Binnenvertriebenen weltweit weiter zunimmt – allein 2020 um 11,2 Mio. Menschen, auf 82,4 Mio. Menschen, von denen 41 Mio. in ihrem eigenen Land vertrieben wurden. Der soeben erschienene Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars verdeutlicht allerdings auch, dass für den Großteil der Flüchtlinge nur einige wenige Krisenherde verantwortlich sind, vor allem Syrien, Südsudan, Myanmar, Afghanistan und Venezuela,



Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

und dass die meisten Flüchtlinge in ihren Nachbarländern bleiben. Auch die Zahl der großen Aufnahmeländer ist deshalb überschaubar: Es handelt sich um die Türkei, Kolumbien, Pakistan, Uganda, Deutschland. Wichtig ist auch noch, dass die Zahl der Asylanträge in den vergangenen Jahren stark geschwankt hat: Es gab eine Vervierfachung zwischen 2010 und 2015, seitdem aber wieder einen Rückgang um ein Drittel. Auch die Zahl der irregulären Einreisen in die EU ist seit 2015 auf ein Zehntel gesunken – während gleichzeitig aber der Anteil der Todesfälle gestiegen ist: Das Mittelmeer ist nach wie vor die tödlichste Grenze der Welt.

Vor dem Hintergrund dieser Trends zeigen wir in unserem Bericht, dass Menschen ihre Heimat oft nicht nur aus einem einzigen Grund verlassen. Gewaltsame Konflikte, Verfolgung, Perspektivlosigkeit sind direkte Ursachen, und Gewalt ist sicherlich die stärkste und eine unmittelbare Ursache für Flucht und Vertreibung. Aber es gibt auch Ursachen, die eher indirekt und zum Teil längerfristig wirken, wie Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und Klimawandel. Und es gibt Faktoren, die die Wahl des Ziellandes und des Wanderungsweges beeinflussen. Dazu gehören fehlende Schutzsysteme für Flüchtlinge, aber auch Schleusernetzwerke. Im konkreten Einzelfall wirken oft mehrere dieser Faktoren zusammen, und das erschwert die Suche nach Lösungen.

Wie lassen sich Fluchtursachen beseitigen bzw. mindern? Was schlägt die Kommission vor?

Gerade weil viele Ursachen zusammenwirken, weist die Fachkommission darauf hin, dass es keine einfachen und kurzfristigen Lösungen zur Beseitigung der Fluchtursachen gibt. Wir machen deutlich, dass ein so komplexes Problem wie Wanderungsursachen nicht mit simplen Methoden und auch nicht kurzfristig gelöst werden kann. Wir halten politische Ansätze für unzureichend, die nur eine Einzelursache in den Blick nehmen. Stattdessen empfehlen wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration umfassend angeht. Dabei ist uns klar, dass die Umsetzung der Vorschläge einen langen Atem und beträchtliche Anstrengungen und Ressourcen erfordert. Es wäre auch nicht ausreichend, wenn nur Deutschland oder nur die EU etwas unternehmen würde. Handeln muss die gesamte Staatengemeinschaft. Die Minderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration ist eine Daueraufgabe. Dafür brauchen wir politische Ansätze, und die gibt es auch.

Der Fachkommission war es sehr wichtig zu zeigen, dass es viele Stellschrauben gibt, an denen die Staatengemeinschaft oder mehrere Staaten gemeinsam drehen können. Wir sehen sechs große Handlungsfelder: Erstens Krisen eindämmen und Konflikte bewältigen, zweitens die Lebensperspektiven für die Menschen in ihrer Heimat verbessern, drittens den Klimawandel verlangsamen und die Anpassung daran fördern, viertens Geflüchtete besser schützen und dafür die Erstaufnahmeländer unterstützen, fünftens mehr legale Wanderungswege anbieten, und zwar sowohl für Flüchtlinge als auch für Migrantinnen und Migranten. Und schließlich müssen neue Möglichkeiten entwickelt werden, um diese Aufgaben besser und nachhaltiger zu finanzieren.

Dabei werden viele Ansätze nur mittel- und langfristige Wirkung entfalten können, wie etwa eine Verbesserung der Lebensperspektiven in den Heimatländern oder die Bewältigung des Klimawandels. Aber dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden,

und einige der vorgeschlagenen Maßnahmen werden auch kurzfristige Wirkung entfalten, wenn sie ernsthaft verfolgt werden. Mit den richtigen Ansätzen kann man auch kurzfristig viel bewirken.

Seit vielen Jahren wird gesagt, man müsse die Ursachen für Flucht beseitigen. Das sei der entscheidende Ansatzpunkt in der Flüchtlingspolitik. Warum wird diese Erkenntnis nicht umgesetzt?

Vermutlich weil die Ursachen so vielfältig und komplex sind und die Bewältigung eine Herkulesaufgabe darstellt. Politisch ist es immer ein Problem, wenn heute investiert werden soll, aber die Wirkungen erst später sichtbar werden. Das ist in unserem Politikbetrieb nicht besonders attraktiv. Zum anderen fallen die Antworten so schwer, weil es so viele Stellschrauben gibt, die gleichzeitig bedient werden müssen. Hier würden aber eine klare Analyse der Trends und Herausforderungen und eine gut begründete Prioritätensetzung helfen. Gut wäre es, wenn die Politik die Möglichkeiten der strategischen Vorausschau noch stärker nutzen würde, die in verschiedenen Ressorts bereits vorhanden sind, und wenn sie dabei die Strategiebildung bündeln würde, etwa in einem Rat für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, wie ihn auch die Fachkommission vorschlägt. Das würde der Politik erlauben, nicht nur reaktiv zu handeln, wie in der Flüchtlingskrise 2015/16, sondern Entwicklungen beeinflussen zu können.

Ich sehe bei der Fluchtursachenreduzierung Ähnlichkeiten zur Entwicklungsförderung: Auch das ist eine Mammutaufgabe, mit vielen Rückschlägen in den vergangenen Jahrzehnten, aber auch mit Erfolgen. Letztlich hat sich die Zahl der absolut Armen in der Welt halbiert, von etwa einem Drittel im Jahr 1990 auf weniger als einem Zehntel im Jahr 2017. Man kann darüber streiten, inwieweit das eine Folge der internationalen Entwicklungszusammenarbeit oder von Marktentwicklungen war, aber dass es einen Zusammenhang zwischen der internationalen Kooperation und den Fortschritten gibt, ist unstrittig.

Wie kann Deutschland einen Beitrag zur Fluchtursachenbeseitigung leisten?

Um Flüchtlinge zu schützen, Anreize für irreguläre Migration zu reduzieren und das Wanderungsgeschehen konstruktiv zu gestalten, sind weitere Reformen sowohl im Inneren als auch in der migrationsbezogenen Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands nötig. In der internen Flüchtlingspolitik sollte das Resettlement verstärkt werden. Dazu sollten private Sponsorenprogramme und das Engagement von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen stärker genutzt werden, um Flüchtlingen einen legalen Zugang zum Schutz zu bieten und um irreguläre Wege zu reduzieren. In der Migrationspolitik sollten die Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und der Fachkräftegewinnungsstrategie der Bundesregierung noch stärker genutzt werden, insbesondere bezüglich der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen. Generell sollte die Anwerbung im Rahmen von partnerschaftlichen Ansätzen verstärkt werden, z. B. durch transnationale Ausbildungspartnerschaften.

In der externen Asyl- und Migrationspolitik sollten gerade die besonders belasteten Erstaufnahmeländer von Flüchtlingen und Migranten stärker unterstützt werden. Ebenso sollte den Ländern mit einer großen Zahl von Binnenvertriebenen humanitär geholfen werden. Darüber hinaus sollten in einem partnerschaftlichen Ansatz auch legale Zuwanderungswege gestaltet werden, einschließlich von Bemühungen um eine

menschenrechts- und entwicklungskonforme Rückkehr- und Reintegrationsförderung. Ein solcher Gesamtansatz ist allerdings nur dann legitim und wirksam, wenn er von einem an den Menschenrechten orientierten Umgang mit Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten geprägt ist. Dazu gehört auch die Einhaltung des Rechts an den EU-Außengrenzen, gegen das derzeit durch illegale Pushbacks und die Unterbringungsbedingungen in den Flüchtlingslagern verstoßen wird. Grundsätzlich sind internationale Allianzen nötig, auch für Resettlement. Dazu sollte die Bundesregierung ihre Aktivitäten und ihre Präsenz in internationalen Organisationen und Gremien ausweiten.

Das Interview führte Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun (www.meier-braun.de). Er baden-württembergischer Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und Mitglied im Bundesvorstand dieser Organisation. Er ist Migrationsexperte, Honorarprofessor an der Universität Tübingen und Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Migration und Integration. Lange Jahre war er Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks (SWR).



Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

Das **Migrations- und Integrationsforum Baden-Württemberg (MIF)** ist eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.

www.mif-bw.de

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Reinhold Weber
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
reinhold.weber@lpb.bwl.de

Prof. Dr. Birgit Locher-Finke
Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
birgit.locher-finke@sm.bwl.de

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
info@dgvn-bw.de